

V0981/21

**Richtlinien zur Förderung von Investitionen für teil- und vollstationäre Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege**  
**(Referent: Herr Fischer)**

**Ausschuss für Soziales, Gesundheit, Stiftungen und Familien vom 16.11.2021**

(Die Anlagen wurden allen Stadtratsmitgliedern zur Verfügung gestellt.)

Stadtrat Werner freut sich über die heutige Beschlussvorlage. Der durchschnittlich anfallende, jährliche Betrag von 1 Mio. EUR für die Errichtung von 631 Plätzen bis zum Jahr 2039 seien kein Pappentier, wobei seiner Ansicht nach alleine eine finanzielle Förderung nicht ausschlaggebend sein werde. Dies sei zwar ein wichtiger Baustein, aber die Schwierigkeiten bei der Grundstückssuche für die Träger müsse man sich auch vor Augen führen, wie man als jüngstes Beispiel bei der Heilig-Geist-Spital-Stiftung gesehen habe. Aus diesem Grund habe die SPD-Stadtratsfraktion den Antrag gestellt, dass bei der Ausweisung neuer Baugebiete Flächen für Pflegeeinrichtungen gleich mitberücksichtigt würden, die im Übrigen dann auch günstiger wären. Seien keine Grundstücke vorhanden, könne auch nicht gebaut werden. Stadtrat Werner könne die Erfahrungen eines gemeinnützigen Trägers schildern, der seit ca. vier Jahren ein neues Pflegeheim plane und dem man auch kein Grundstück anbieten konnte. Von dem Mangel an Pflegekräften möchte Stadtrat Werner gar nicht sprechen. Das müsse Hand in Hand gehen, so dass eine finanzielle Förderung gut und notwendig sei, aber es müsse mehr geschehen, als das. Für die heutige Vorlage signalisiert er selbstverständlich Zustimmung.

Stadträtin Mader schließt sich der Meinung von Stadtrat Werner an. Jetzt werde ein Anfang für einen guten Weg in die richtige Richtung gemacht. Man hoffe, dass beim Pflegepersonal auch Lösungen gefunden werden, aber das liege nicht alles in kommunaler Hand, sondern hier sei Hilfe von anderer Seite nötig.

Auf die Problematik der Pflegekräfte werde, auch im Rahmen der Koalitionsverhandlungen und durch öffentlichen Druck von vielen Seiten, aufmerksam gemacht, so Bürgermeisterin Kleine. Für eine Lösung werde auch eine Kehrtwende auf Bundesebene gebraucht, die Kommunen könnten nicht länger allein gelassen werden. In der Sitzung der Seniorenkommission habe Herr Müller von der Diakonie die Situation in den Pflegeheimen eindrücklich geschildert, auch in Bezug auf eine Impfpflicht, die dazu führen würde, dass das Personal die Arbeit möglicherweise verlassen würde.

Stadtrat Niedermeier wirft die Frage auf, wer bis zum Jahr 2039 das Soll erfüllen solle. Finanzielle Anreize seien zwar geschaffen worden, aber ihm falle nur das Diakonische Werk ein, das positiv auf die fehlenden Plätze einwirken könnte und die Möglichkeit hätte, Fördermöglichkeiten abzugreifen. Stadtrat Niedermeier erkundigt sich, ob mit dem Diakonischen Werk bereits Kontakt aufgenommen worden sei.

Bürgermeisterin Kleine gibt zu Protokoll, dass die Kommission für Seniorenarbeit einstimmig die Einführung von Richtlinien zur Förderung von Investitionen für Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Kurzzeitpflege beantragt habe. Dies solle auch in diese Vorlage einfließen.

Stadträtin Bulling-Schröter erachtet in bestimmten Abständen die Vorlage eines Zwischenberichtes für sinnvoll, um weitere, notwendige Maßnahmen zur Erfüllung des Zieles aufgezeigt zu bekommen. Im letzten Pflegegutachten sei zudem der Wegfall von 200 Plätzen, die wahrscheinlich gegengerechnet werden müssten, angeführt worden.

Herr Fischer informiert, dass die Förderung der Diakonie schon im letzten Sitzungsdurchlauf im Rahmen einer Einzelfallentscheidung beschlossen worden sei. Ihm sei wichtig, dass keine Doppelförderung bereits einmal geförderter Heimplätze statfinde. Daher seien auch nur die zusätzlich von der Diakonie geschaffenen Plätze gefördert worden. Ansonsten gebe es auch Modernisierungsförderungen, die aber nicht in der gleichen Höhe wie für Neuschaffungen möglich seien. Der von Stadträtin Bulling-Schröter angesprochene Verlust von 200 Plätzen sei in der neuen Bedarfsberechnung bereits berücksichtigt worden. Im Rahmen der Pflegeoffensive sei außerdem künftig ein Überblick über den Stand der Pflege für den Sozialausschuss periodisch vorgesehen.

Stadtrat Werner stellt fest, dass es nicht so sei, dass niemand bereit wäre, zu investieren. Ihm seien aktuell mindestens drei Projekte in Planung bekannt: Heilig-Geist-Spital und zwei gemeinnützige Träger. Die Diakonie schaffe 20 zusätzliche Plätze, die gefördert werden. Er weist darauf hin, dass es in der Vergangenheit bereits Förderungen gegeben habe, nur habe es an Richtlinien gefehlt, an denen man sich orientieren konnte und die für alle gegolten hätten. Wenn den drei geplanten Projekten keine Steine in den Weg gelegt würden und wenn die Grundstücke vorhanden seien, dann sei dies ein erster Schritt im Hinblick auf den Bedarf, so Stadtrat Werner. So könne bis zum Jahr 2025 mit ca. 150 zusätzlichen Plätzen gerechnet werden. Ein viel größeres Problem als ein Bau einer Einrichtung erscheine ihm die Gewinnung und Finanzierung von Pflegepersonal. Den Trägern müsse bei der Grundstückssuche unter die Arme gegriffen werden und je früher das erfolge, am besten schon bei der Bauleitplanung, umso besser.

Stadtrat Schidlmeier unterstreicht die Aussagen von Stadtrat Werner. Es sei viel über Förderung von Neubauten und von bestehenden Einrichtungen gesprochen worden, aber die Gewinnung von Personal werde die große Schwierigkeit sein. Bei der Grundstückssuche müsse zudem sehr dezentral gedacht werden und die Stadtränder einbezogen werden.

Stadträtin Segerer spricht sich auch für eine Dezentralisierung aus. Mit den verbindlichen Richtlinien zur Förderung sei ein großer Baustein geschaffen worden, aber das Problem des Fachkräftemangels, das auch letzte Woche in der Kommission für Seniorenarbeit breit diskutiert worden sei, müsse noch einmal angegangen werden. Ohne kräftig zu investieren, werde das Problem wahrscheinlich nicht gelöst.

Mit allen Stimmen:

Entsprechend dem Antrag befürwortet.